

POLIZEI REPORT

G 6818
ISSN 0937-5341

Nr. 109 · Sept. 2011



Hessische Polizisten werden ausgepresst!



Uns bleibt die Luft weg!!!

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen
der Bezirksgruppe Mittelhessen
der Gewerkschaft der Polizei
und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.
und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen



für Mittelhessen mit den Landkreisen Gießen –
Lahn-Dill – Marburg-Biedenkopf – Wetteraukreis

Herausgeber:

Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, Tel.: (06 11) 9 92 27-0
65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg
Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger: POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,

Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

O. Jochum, St. Buschhaus

Redaktion:

Konrad Jänicke (V.i.S.d.P.)
Andreas Grün
Gewerkschaft der Polizei, BZG Mittelhessen
Fernierstraße 8, 35394 Gießen

Druck und Verarbeitung:

NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK
57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3./15.6./15.9./01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffent-
lichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten;
die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle
Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne
Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen
in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die
Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist
untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetz-
lichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb
(Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des
Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich
verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten
zur Anzeigenwerbung untersagt.

Aus dem Inhalt:

Vorwort des Bezirksgruppenvorsitzenden	Seite 4	Bachelor in Hessen	Seite 25	"Jockel" Müller feierte 90. Geburtstag	Seite 35
GdP übergibt Protestkarten an Innenminister	Seite 5	Das aktuelle Interview: "Manchmal reicht ein Gespräch"	Seite 26	Zu Grillgut vom Schwein - die PPG Butzbach lud ein	Seite 36
Einsatzgeschehen	Seite 10	Wilhelm Gundlach wurde 75	Seite 27	Das "GdP-Haus"	Seite 37
Änderung der Beihilfe	Seite 13	Neuzugänge: Talsohle durchschritten	Seite 29		
Aktion "Auch Mensch" in Gießen	Seite 15	GdP stiftet Uhr	Seite 30		
GdP Info-Stand	Seite 16	Sommerfest des PMC Marburg	Seite 31		
Beförderungen	Seite 17	Polizeipensionäre Butzbach besuchen Vulkangebiet	Seite 33		
Auf dem Weg wohin...? Eine Bestandsaufnahme	Seite 19				
Kommentar	Seite 22				
Praktikum	Seite 23				



Zum Titelbild:

Plakataktion der GdP Hessen

Warme Worte - kalte Schulter



Innenminister Boris Rhein hatte am Ende der Tarifverhandlungen bekundet, dass er eine 1:1-Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten und Beamtinnen beabsichtige. Diese Worte waren aber nur Schall und Rauch, denn die Beamten werden rund 1500 Euro Einkommensverlust zu tragen haben. Deshalb stellen wir fest, dass wir den tagesaktuellen Launen der Politik ausgeliefert sind. Beständige gehen unsere Abgeordneten da mit sich selber um. Um allen Diskussionen vorzubeugen, haben sie beschlossen, sich ihre Diäten in Anknüpfung an die allgemeine Einkommensentwicklung automatisch zu erhöhen. Dies bedeutet aktuell, dass die Politiker zeitgleich zu den Beschneidungen im Beamtenbereich sich selbst eine Einkommensverbesserung um satte 2,8 % verordnen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen sind zornig und frustriert zugleich.

Was kann man denn überhaupt noch glauben? Die Politik sonnt sich in der Professionalität der Polizei und lobt unsere tägliche Arbeit, wo es nur geht. Man lässt keine Gelegenheit aus, um für die hervorragende Aufklärungsquote und die beispiellosen Zahlen der Kriminalstatistik einer überaus engagierten und motivierten Polizei zu danken.

Wir fragen uns nur: Wo bleibt der Benefit, Herr Rhein?

Von schönen Worten können wir uns nichts kaufen. Die stetig steigenden Kosten für Lebensmittel, Energie und der Ausgleich der Inflationsrate reißen tiefe Löcher in die Budgets unserer Kolleginnen und Kollegen. Wir bekommen keine 6843 Euro im Monat wie unsere Landtagsabgeordneten, die sich über so etwas keine Gedanken machen, weil sie automatisch an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben. Wir fühlen uns verraten und verkauft und müssen um jeden Cent kämpfen.

Blanker Hohn macht sich breit, wenn man sieht, wie hier mit zweierlei Maß gerechnet wird.

Wasser predigen und Wein trinken – das ist in Hessen nun perfide Realität geworden.

Aber wir haben verstanden. Nun wissen wir um die wirkliche Wertschätzung unserer täglichen Arbeit. Wir haben nun schwarz auf weiß, dass die Politiker in Hessen überhaupt keine Skrupel haben, sich selbst einen kräftigen Schluck aus der Pulle zu genehmigen und gleichzeitig anderen empfehlen und auferlegen, den Gürtel enger zu schnallen.

Was sich Hessen in dieser Einkommensrunde geleistet hat, ist nichts anderes als dekadente hochherrschaftliche Gutsherrenpolitik. Mit Gerechtigkeit hat dies alles nichts mehr tun.

Wir wissen jetzt, dass die Halbwertszeiten von schönen Absichtsbekundungen einem raschen Verfall unterliegen. Die Landesregierung soll aber auch wissen, dass wir einen solchen Umgang nicht so schnell vergessen werden – auf jeden Fall nicht bis zur nächsten Landtagswahl.



Ihr / Euer

Andreas Grün

GdP übergibt 10.000 Protestkarten an Innenminister

Unmittelbar vor der Sitzung des Innenausschusses zur Besoldungsanpassung übergab am 17. August 2011 im Hessischen Landtag GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller die von euch unterschriebenen Protestkarten mit den Worten: "Hier übergebe ich Ihnen den geballten Unmut der Beschäftigten der hessischen Polizei!" an Innenminister Boris Rhein. Besonderer Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die sich so zahlreich an dieser GdP-Aktion beteiligt haben. Wir hoffen, dass diese eindrucksvolle Demonstration des Unmutes nicht spurlos an unserem Innenminister vorbei geht.



Jörg Bruchmüller übergibt im Hessischen Landtag 10.000 Protestkarten an Innenminister Boris Rhein

Unmittelbar vor der Sitzung des Innenausschusses zur Besoldungsanpassung im Hessischen Landtag übergab unser Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller die von euch unterschriebenen Protestkarten mit den Worten: "Hier übergebe ich

Ihnen den geballten Unmut der Beschäftigten der hessischen Polizei!" an Innenminister Boris Rhein. In der anschließenden mündlichen Anhörung ließ Jörg Bruchmüller keinen Zweifel daran, dass der von CDU und FDP eingebrachte Ge-

setzentwurf keine wirkliche 1:1-Übertragung beinhaltet, sondern die Beschäftigten und Versorgungsempfänger von der allgemeinen Einkommensentwicklung massiv abkoppelt und daher strikt von der GdP abgelehnt wird.

Die GdP machte dem Innenminister und den Abgeordneten deutlich:

Das Maß ist voll!

Nach Gehaltseinbußen in den letzten acht Jahren von 17 % und den Belastungen der 42-Stunden-Woche ist der vorliegende Gesetzentwurf alles andere als eine angemessene Wertschätzung unserer Arbeit.

Jens Mohrherr, Vorsitzender des Hauptpersonalrats, unterrichtete über die Initiative aller Polizeipersonalräte. Dort gingen innerhalb weniger Tage mehrere hundert kritische Beschäftigtenstimmen aus allen Dienststellen ein. Diese Proteste bestätigen nachhaltig die Position der GdP.

Bei der Übergabe der Protestkarten wurde Boris Rhein von einem Journalisten gefragt, ob es denn nach seiner Ansicht noch Änderungsmöglichkeiten an dem Gesetzentwurf gebe. Boris Rhein antwortete darauf:“ Roland Koch hat einmal gesagt, kein Gesetz verlässt den



Landtag so, wie es eingebracht wurde“ Alleine dieser Satz deutet zumindest daraufhin, dass noch nicht alles ‚in Beton gegossen‘ ist. Außerdem erklärte Innenminister Boris Rhein, dass es ja gerade der Sinn einer mündlichen Anhörung sei, eventuell noch nicht berücksichtigte Fakten einfließen zu lassen. In der Sitzung des Innenausschusses gaben dann Jörg Bruch-

müller für die GdP und Jens Mohrherr für den Hauptpersonalrat der hessischen Polizei ihre Stellungnahmen ab. Beide ließen keinen Zweifel daran, dass der vorliegende Gesetzentwurf auch nicht ansatzweise eine akzeptable Wertschätzung der polizeilichen Arbeit darstellt.

Die 42 Stundenwoche, steigende Einsatzzahlen, gesundheitliche Belastungen durch Personalnot und Überfrachtung des täglichen Dienstes sowie die dargestellten Einkommensverluste von rund 17 % in den vergangenen Jahren schreien geradezu nach einer deutlicheren Wertschätzung unserer Arbeit. Es sei auch nicht mehr vermittelbar, wenn Politiker bei jeder Gelegenheit die hoch professionelle Arbeit der hessischen Polizei loben, den oft schwierigen Dienst am Limit der Leistungsfähigkeit anerkennen und dann, wenn es darum geht, dies auch entsprechend zu würdigen, sich aus der Verantwortung nehmen.





Jörg Bruchmüller und Boris Rhein im Gespräch

terte, dass es in zurückliegenden Beteiligungsverfahren noch nie eine zeitliche Verzögerung durch den DGB gegeben hätte.

Nachdem alle Organisationen ihre Stellungnahmen abgegeben hatten, eröffnete der Vorsitzende die Frageunde der Abgeordneten. Hierbei wurde wieder einmal sehr deutlich, wer die ‚Lufthoheit‘ der Gewerkschaften im Polizeibereich hat. Alle Fragen der Abgeordneten mit Zielrichtung Polizei gingen an die Adresse von Jörg Bruchmüller und Jens Mohrherr. Augenscheinlich ist die GdP der kompetente Ansprechpartner der Politik.

Fürsorge und angemessene Alimentation sind Grundprinzipien des deutschen Beamtentums. Dies fordern wir nachhaltig ein. Unsere Pflichten, wie zum Beispiel mit voller Hingabe für den Dienstherrn den Beruf auszuüben haben, wir immer erfüllt. Dies wird auch von den Abgeordneten des hessischen Landtages nicht in Zweifel gezogen. Umso deutlicher müssten unsere Forderungen bei den Volksvertretern Gehör finden.

Silke Bemann vom DGB monierte zudem, dass das gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren in diesem Fall nicht eingehalten worden sei. Die Begründung, dies wäre aus zeitlichen Gründen nicht durchführbar gewesen, wies die DGB Frau entschieden zurück und kon-



Geballter Unmut: So sehen 10.000 Protestkarten aus

Text+ Fotos A. Grün



Eine Handvoll Nazis legt Gießen lahm

Kehraus bei der hessischen Polizei am 16. Juli 2011



Kein schöner Anblick: Naziaufmarsch in Gießen

„Das System ist am Ende – Wir sind die Wende“, unter dieses Motto hatte der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD Hessen, Daniel Knebel, seine Demo am Samstag, dem 16. Juli 2011, in Gießen gestellt.

Seinem Aufruf war ein Häuflein von 150 Nazis gefolgt, von denen sich rund 100 Teilnehmer zu einer Demo durch Gießen formiert hatten.

„Gießen bleibt bunt“ – lautete das Motto mehrerer Demonstrationen und einem über die gesamte Innenstadt verteilten Festes, zu dem die verschiedensten Bündnisse und Organisationen aufgerufen hatten. Tausende demonstrierten weitgehend friedlich gegen den Aufmarsch der NPD.

Vereinzelt kam es zu Rangeleien und Sachbeschädigungen. Mehrere Redner wie Regierungspräsident Dr. Lars Witteck, der hessische

SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel und Oberbürgermeisterin Dietlind Grabbe-Bolz, verurteilten den Rechtsextremismus auf das Schärfste und sprachen sich für eine weltoffene, tolerante Gesellschaft aus.



Als Meister von Planung und Deeskalation zeigte sich die hessische Polizei, der es wieder einmal gelungen war, eine Einsatzlage, deren Einsatzgebiet das gesamte Stadtgebiet von Gießen umfasste, zu meistern.

Leider konnte dies nur durch den Einsatz vieler, vieler Kolleginnen und Kollegen erreicht werden, die ihren Samstag sicherlich auch mal gerne bei ihren Familien verbracht hätten.

Für die hessische Bereitschaftspolizei fast schon eine Selbstverständlichkeit, dass das planbar freie Wochenende wieder gestrichen wurde!!!

Ca. 2 500 Kolleginnen und Kollegen der hessischen Polizei, unterstützt durch Einsatzkräfte aus Dresden, Erfurt, Leipzig, Wuppertal, Dortmund, Braunschweig und Duisburg, gewährleisteten die Trennung von „Rechts“ und „Links“, indem sie Gießen zu einer „Festung“ gemacht hatten.

Neben den landseitigen Einsatzkräften kamen ebenso die Kolleginnen und Kollegen der Polizeihubschrauberstaffel, der Wasserschutzpolizei und der Landesreiterstaffel in ihren speziellen Zuständigkeitsbereichen zum Einsatz.

Der einzige gravierende Vorfall ereignete sich am Rande des Geschehens. Eine bislang unbekannte Gruppe Vermummter hatte sich unbemerkt in die Licher Straße begeben und dort das Haus einer Studentenverbindung mit Farbbeuteln beworfen und Scheiben eingeschlagen.

Auf der Straße stapelten sie Holzpaletten, die sie anzündeten. Wenige Meter weiter warfen sie bei einer Bank Scheiben ein und zertrümmerten im Vorraum die Geldautomaten. Der entstandene Schaden liegt bei weit über 100.000 Euro.



Holger Schmidt und Monika Kunkler vom GdP Betreuungsteam

Zwei Dinge haben mir bei diesem Einsatz besonders gut gefallen: Bei den Kolleginnen und Kollegen aller Sparten machte der Personalratsvorsitzende des PP Mittelhessen, Holger Schmidt, mit seinem Team die

Runde und spendierte auf Kosten der GdP temperaturadäquat Speiseeis aus der Kühltruhe.

Unsere Führungskräfte, festgestellt bei der Bereitschaftspolizei, bedien-



Arbeiten im Hintergrund - die Befehlsstelle im Präsidium

ten sich allesamt einer kollegialen Ansprache bei der Verteilung von Aufträgen und Anweisungen, was als partnerschaftliche Zusammenarbeit gewertet werden konnte. Sollte es doch noch etwas werden mit unserer herbeigesehnten „neuen Führungskultur“ in der hessischen Polizei?

Es wäre der hessischen Polizei zu gönnen und führt mit Sicherheit nicht zu einer Verschlechterung der Arbeitsqualität.

Roland Kramer
BZG Bereitschaftspolizei



Gut besucht: Die GdP Kreisgruppe Gießen-Wetzlar versorgte die Einsatzkräfte mit kühlem Eis

Änderung der Beihilfe – jetzt geht es ans Eingemachte

Die hessische Landesregierung plant, zum 1. 1. 2012 die bestehende Beihilfeverordnung grundlegend zu ändern. Dies wird weitere erhebliche finanzielle Nachteile für die Kolleginnen und Kollegen mit sich bringen. Die Mehrkosten können je nach Krankenkasse, Familienstand, Anzahl der Kinder usw. monatlich mit 50 – 300 Euro zu Buche schlagen! Familien mit Kindern wird es am härtesten treffen. Angesichts der schon beschlossenen Sparbeschlüsse der letzten Jahre und der geplanten Nichtübertragung des Tarifergebnisses in Hessen ein weiterer Schlag ins Gesicht der hessischen Polizeibeamtinnen und Beamten.

In Stellungnahmen haben die DGB-Gewerkschaften bereits signalisiert, dass diese geplante Änderung keinesfalls hinnehmbar ist. Wesentliche und massive Einschnitte erfolgen bei den Bemessungssätzen der im aktiven Beschäftigungsverhältnis stehenden Beschäftigten. Der Wegfall der 15%igen Erhöhung bei stationären Leistungen wird starke Beitragsanpassungen seitens der privaten Krankenkassen nach sich ziehen. Insgesamt wird mit dieser Verordnung eine wesentliche Verschlechterung des Beihilfeanspruchs für die aktiven Beschäftigten eingeführt.

Im Jahre 2003 verordnete die Landesregierung uns die „Operation sichere Zukunft“. Der Wegfall des Urlaubsgeldes und die Kürzungen beim Weihnachtsgeld sowie anderen Zulagen gingen einher mit der Erhöhung der Wochenarbeitszeit von damals 38,5 Stunden auf 42 Wochenstunden.



Roland Koch, 2003:

„Es wird keine Änderung der Bemessung der Beihilfe geben“

Alles in allem haben wir Einkommensverluste von rund 17 % zu tragen gehabt. Damals hat uns Ministerpräsident Roland Koch versichert und damit um Verständnis für seine Sparbeschlüsse geworben: **„Es wird keine Änderungen bei der Beihilfebemessung geben“**. So viel dazu - und was die Worte von Politikern wert sind. Man kann sich wirklich auf nichts mehr verlassen.

Das, was gestern galt, gilt heute nicht mehr – oder man könnte auch in Anlehnung an Konrad Adenauer sagen: **„Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“!**

Wer so mit seinen Beschäftigten umgeht, der gewährt weder Fürsorge noch kann er auf ein Mindestmaß an Vertrauen hoffen. In Hessen werden soeben alle Eckpfeiler eines anständigen Umgangs miteinander einseitig durch den Dienstherrn eingerissen. Die Anforderungen an unsere Kolleginnen und Kollegen nehmen ständig zu. Gleichzeitig wird an der monetären Entlohnung permanent, sozusagen mit einer speziellen Salami taktik, Stück für Stück weggeschnitten. Langsam und in kleinen Schritten – damit es nicht so auffällt und auch nicht auf einmal so weh tut. Diese Rechnung wird aber so nicht aufgehen. Wir lassen uns nicht scheinbar alles nehmen, was wir uns in vielen Jahren mühsam erkämpft haben.

Die Knackpunkte der geplanten Änderungen sind:

die Änderungen bei den Bemessungssätzen,
der Wegfall des „Sachleistungsprinzips“,
die Streichung des nachrangigen Beihilfeanspruchs für Tarifbeschäftigte
sowie der Wegfall des Zuschlags von 15 % bei stationärer Behandlung

Wie sich dies bei jedem Einzelnen niederschlägt, ist den nachfolgend aufgeführten Beispielen zu entnehmen. Die Beitragserhöhungen der Krankenkassen, die unweigerlich folgen werden, belegen dann in Euro und Cent, was uns dieser Wortbruch monatlich kostet. In Sachen Beihilfeänderung werden die Gewerkschaften alles in ihrer Macht stehende tun, um die drohenden Einschnitte abzufangen. Dies wird aber nur mit Unterstützung von euch allen gelingen. Unterstützt eure Kreisgruppen bei allen Aktionen, die wir gegen die geplanten Einkommensverschlechterungen durchführen werden.

ambulante Behandlung

	ambulante Behandlung heute	ambulante Behandlung neu	Lücke	
Beispiel 1				
verh. 2 Kinder Ehefrau nicht berufstätig				
Beihilfeberechtigter	65%	50%	-15%	schlechter
Ehefrau	65%	70%	5%	besser
Kind 1	65%	80%	15%	besser
Kind 2	65%	80%	15%	besser
Beispiel 2				
verh. 3 Kinder Ehefrau nicht berufstätig				
Beihilfeberechtigter	70%	50%	-20%	schlechter
Ehefrau	70%	70%	0%	keine Veränderung
Kind 1	70%	80%	10%	besser
Kind 2	70%	80%	10%	besser
Kind 3	70%	80%	10%	besser
Beispiel 3				
Versorgungsempfänger ledig	60%	70%	10%	besser
Beispiel 4				
Versorgungsempfänger verh.	65%	70%	5%	besser
Beispiel 5				
Lediger Beihilfeberechtigter	50%	50%	0%	keine Veränderung
Beispiel 6				
Verheiratet nach Wegfall aller Kinder	55%	50%	-5%	schlechter

stationäre Behandlung

	stationäre Behandlung heute	stationäre Behandlung neu	Lücke	
Beispiel 1				
verh. 2 Kinder Ehefrau nicht berufstätig				
Beihilfeberechtigter	80%	50%	-30%	schlechter
Ehefrau	80%	70%	-10%	schlechter
Kind 1	80%	80%	0%	keine Veränderung
Kind 2	80%	80%	0%	keine Veränderung
Beispiel 2				
verh. 3 Kinder Ehefrau nicht berufstätig				
Beihilfeberechtigter	85%	50%	-35%	schlechter
Ehefrau	85%	70%	-15%	schlechter
Kind 1	85%	80%	-5%	schlechter
Kind 2	85%	80%	-5%	schlechter
Kind 3	85%	80%	-5%	schlechter
Beispiel 3				
Versorgungsempfänger ledig	75%	70%	-5%	schlechter
Beispiel 4				
Versorgungsempfänger verh.	80%	70%	-10%	schlechter
Beispiel 5				
Lediger Beihilfeberechtigter	65%	50%	-15%	schlechter
Beispiel 6				
Verheiratet nach Wegfall aller Kinder	70%	50%	-10%	schlechter

Aktion „Auch Mensch“ in Gießen – Marburg – Wetzlar:

GdP-Protest gegen geringe Wertschätzung der Arbeit

Am Samstag, dem 13. August 2011, kam es in allen großen hessischen Städten zu Protestaktionen der GdP. Die Bezirksgruppe Mittelhessen beteiligte sich mit Aktionen in Gießen, Marburg und Wetzlar daran. Unter dem Motto „Auch Mensch“ wurde die Bevölkerung über die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte informiert. In diesem Zusammenhang haben wir darauf hingewiesen, dass die Landesregierung das für Hessen ausgehandelte Tarifergebnis den Polizeibeamtinnen und Beamten nicht zeit- und inhaltsgleich übertragen will. Die Kolleginnen und Kollegen sind stinksauer und haben kein Verständnis dafür, dass sich die Politik einen kräftigen Lohnzuwachs verordnet und gleichzeitig anderen auferlegt, drastische Einbußen hinzunehmen. Angesichts der immer mehr zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte hat dies auch unmittelbar etwas mit der gesetzlich vorgesehenen Fürsorgepflicht des Dienstherrn zu tun. Polizistinnen und Polizisten leben ständig gefährlicher. Überfälle im polizeilichen Alltag und immer brutalere Gewalt gegen unsere Kolleginnen und Kollegen häufen sich. Der tägliche Dienst, die Anzahl der Aufträge sowie die vielen Sondereinsätze haben die Polizei in Hessen an die Grenzen ihrer Möglichkeiten geführt. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen werden krank oder können nicht mehr alle und besonders die schweren Dienste verrichten. Es ist in vielen Bereichen ein Job am Limit geworden. Viele Kolleginnen und Kollegen fühlen sich alleine gelassen und fragen zu Recht: „Wer schützt eigentlich die, die den Staat schützen?“



Stand in Gießen: Andreas Grün, Ute Schaft-Paetow und Holger Schmidt



Der ehemalige PP Manfred Meise und seine Frau Maria-Grazia besuchten den GdP Stand



Polizeischau in Wetzlar

Auch hier unterhielt die GdP einen Stand und informierte die vielen Zuschauer über die Aktion „Auch Mensch“ und die geringe Wertschätzung der Arbeit durch die Politik.

Foto links: Innenminister Boris Rhein und MdL Hans-Jürgen Irmer am GdP Stand in Wetzlar.

GdP Info-Stand in Marburg

In der Marburger Innenstadt informierten (v.l.) Lothar Luzius, Rene Kopsch, Norbert Schulz und Uwe Schneider die Bürgerinnen und Bürger über die Nichtübertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten und die Aktion „Auch Mensch“. Wie in Gießen und Wetzlar erhielten die Kollegen ungeheilten Zuspruch aus der Bevölkerung. Insgesamt eine gelungene und medienwirksame Aktion der GdP Mittelhessen.



Weitere Impressionen von den Infoständen



"Umlagert" GdP Stand in Marburg



v.l. Frank Kober, Sonja Schneider, Martina Majerhofer, Tim Gerhard, Rainer Schalch



Beförderungen A 10 – Dank Personalrat des PP Mittelhessen

Neun Stellen A 10 wurden im Bereich des Polizeipräsidiums Mittelhessen durch einen Kollegen beklagt und somit das Verfahren auf Eis gelegt. Der Beförderungstermin sollte der 1. April 2011 sein. Da nur drei Monate rückwirkend befördert werden konnte, lief am 30. Juni 2011, 24:00 Uhr, die Frist ab. Am Morgen des 30. Juni wurde bekannt, der Kläger wolle seine Klage zurückziehen.



GdP-Personalrat Andreas Grün

Der stellvertretende Personalratsvorsitzende, Andreas Grün, bat die Abteilung Verwaltung, bei Gericht nachzufragen, ob dies so sei. Ergebnis: Bislang keine Rücknahme der Klage. Kollege Grün setzte sich daraufhin mit dem Büro der Rechtsanwältin des Klägers in Verbindung. Diese war außer Haus und wollte nach Bekunden ihres Büros in den Abendstunden ein Fax an das Verwaltungsgericht mit der Rücknahmeerklärung senden. Kollege Grün hat dann weitere intensive Gespräche geführt und deutlich gemacht, dass ein solches Fax spätestens in den Mittagsstunden dieses 30. Juni bei Gericht vorliegen müsse, um die Beförderungen noch rechtzeitig vornehmen zu können. Ansonsten würden die Kolleginnen und Kollegen einen vollen Monat und damit den finanziellen Vorteil verlieren. Die Rechtsanwältin konnte überzeugt werden und gegen Mittag war das Fax bei Gericht und beim PP Mittelhessen. In enger Zu-

sammenarbeit mit der Abteilung Verwaltung wurde die Zeit am Vormittag bereits genutzt und alle Voraussetzungen geschaffen, um die Beförderungsurkunden noch am selben Tag aushändigen zu können. Besonders den Anstrengungen von



Frau Wähler und Herrn Fuchs bei einem enormen Zeitdruck ist es zu verdanken, dass am frühen Abend dann die neun beklagten Kolleginnen und Kollegen die Empfangsbestätigungen ihrer Urkunden unterschreiben konnten. Ende gut – alles gut!

Lothar Luzius

Personalratswahl 2012



G d P

Stärke braucht Stimmen

Auf dem Weg wohin.....?

Eine Bestandsaufnahme von Lothar Hölzgen, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für viele von uns beginnt am frühen Morgen oder zum Nachtdienst ein häufig wiederkehrendes Ritual. Für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Schicht- und Wechseldienst nicht wirklich neu und nicht immer mit Aufregung verbunden, da wir es schon viele Jahre oder Jahrzehnte nicht anders kennen. Wir planen die Abläufe nicht zu 100% - wir kümmern uns restlos um alles, was der Dienst so bringt und setzen uns kraftvoll für unsere Bürgerinnen und Bürger ein – selbstverständlich! Dennoch habe ich und viele Kolleginnen und Kollegen das Bedürfnis, dass mich ein paar Leitplanken links und rechts halten - und auch ein Stück weit „leiten“ sollten, dass es ein paar Rahmen gibt, auf die ich mich verlassen kann.....

Woran liegt es, dass ich im Moment immer häufiger das Gefühl bekomme, dass ich mich nicht mehr anlehnen, mich auf vieles nicht mehr verlassen und stützen kann? Ich will einfach mal versuchen, Euch ein

paar meiner diesbezüglichen Gedanken zu vermitteln, ohne den Anspruch erheben zu wollen, hier immer richtig zu liegen – wie gesagt, nur ein paar Gefühle und der Versuch, auch die eine oder andere Erklärung zu geben.

Hinter den von mir beschriebenen Leitplanken stecken Leitideen, Gesetze und Richtlinien, aber auch Menschen, die Verantwortung in und für unsere hessische Polizei übernommen haben. Verantwortung also für jeden Einzelnen von uns. Bei unserem Innenminister angefangen, bis zum direkten Vorgesetzten in den Dienst- und Ermittlungsgruppen, den Kommissariaten und den vielen Organisationseinheiten in unserer Struktur.

Wer wird, oder besser gefragt, wer kann dieser Verantwortung überhaupt noch voll umfänglich gerecht werden? Planungserfordernisse fressen einen gewaltigen Teil unserer Zeitressourcen auf, stehlen uns Zeit für eine aktive, lebendige Personalführung – ich meine von Mensch zu Mensch.

Seit 466 Tagen (im Moment, als ich diese Zeilen schreibe) bin ich als Personalratsvorsitzender im Amt; jetzt und heute mit einem besonderen Blick auf ein paar sehr wesentliche polizeiliche Aspekte, erlaube ich mir, einige, aus meiner Sicht bedeutende, polizeispezifische Elemente in den Fokus zu nehmen.

IZEMA ist und bleibt ein Thema, bis dieses Programm uns endlich den Mehrwert bringt, den wir von Beginn an erhofft und eigentlich auch erwartet hatten. Trotz aller Schwierigkeiten und Problemstel-

lungen, die ich teilweise nachvollziehen konnte/kann, bin ich in weiten Teilen zutiefst erschüttert über die Freigeister unter unseren Planern. Interpretationsfreiheit sagen die Einen, Interpretationswut mit einem für mich nicht nachvollziehbarem Mangel an lebensnaher Dienst- und Fachaufsicht sagen viele Andere. Mit den „Anderen“ meine ich die Kolleginnen und Kollegen, die sich wirklich häufig mit uns, dem Personalrat, austauschen und nicht selten sagen „...verdammst noch mal, hat denn da draußen keiner mehr einen A.... in der Hose und entscheidet?“ Wir können mit diesem Programm unmöglich den kompletten Auftrag einer Dienst- und Fachaufsicht abbilden“ – recht haben diese „Anderen“ – es wird wohl noch eine Weile dauern, bis wir bei diesem Thema wissenauf dem Weg wohin...

Heimatnahe Abordnung in der Elternzeit, wir sind an einem Scheideweg, ein "Weiter so" gibt es nicht mehr. Einmal angetreten, mit dem klaren Ziel vor Augen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in der hessischen Polizei deutlich zu verbessern, haben wir einen wesentlichen Bestandteil, gerade junger Familien, einfach vor die Wand laufen lassen. Große Präsidien wie Frankfurt geben über 300 Stellen ins ganze Land hinein, ein Teil hiervon nutzen die Kolleginnen und Kollegen, um heimatnah Dienst zu versehen. Natürlich benötigt das PP Frankfurt irgendwann einmal diesen Stellenanteil zurück – dann müssen die Dienststellen außerhalb Frankfurts die heimatnah verwendeten Kolleginnen und Kollegen auf eigenen Stellen führen – logisch. Jetzt

bekommen wir aber in diesen Präsidien eine immer größer werdende und kaum noch händelbare Problemstellung:

In den sogenannten Endverwendungsdienststellen ballen sich die heimatnahen Verwendungswünsche und, soweit realisierbar, warten viele Kolleginnen und Kollegen auf eine feste Versetzung nach dort – aber die Stellen sind besetzt... was nun? Reißleine ziehen? Heimatnahe Verwendung in der Elternzeit abschaffen? Herzlichen Glückwunsch, kann ich da nur sagen! Nach dem Motto, einen Schritt nach vorne und zwei Schritte zurück – dass kann es ja wohl nicht sein. Ich will, dass die jungen Kolleginnen und Kollegen in der Frage Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiterhin eine starke Unterstützung erfahren und werde die berechtigten Wünsche, gerade hier in unserem Präsidium, nicht ausblenden. Den Antrag auf grundsätzliche Diskussion im HPR mit dem Staatssekretär, unserem LPP und, wenn es sein muss, mit dem Innenminister sind angesagt – ich will wissenauf dem Weg wohin.....?

Personalentwicklung bei der hessischen Polizei wurde spätestens mit dem Zukunftssicherungsgesetz zu einer existenziellen Frage. Durch Einstellungszahlen, die deutlich unter den Pensionszahlen (2004 - 2007) lagen und dem Stellenabbau durch die PVS in den Jahren 2007 und 2008 haben wir rund 720 Menschen in der hessischen Polizei abgebaut. Recht hatte der damalige Staatssekretär und heutige Innenminister, als er sagte – ich zitiere sinngemäß: „Diese PVS war unsäglich und der Stellenabbau falsch“. Seit 2008 stellen wir jährlich 550 Kolleginnen und Kollegen neu in die hessische Polizei ein und haben in diesen vier Jahren rund 600 Stellen wieder aufgebaut (2200 Einstellungen stehen 1602 regulären und ca. 400 außerplanmäßigen Ruhestands-

versetzungen gegenüber). Den tatsächlichen, vollumfänglichen, personellen Mehrwert werden wir erst mit Abschluss 2014 tatsächlich spüren, wenn rund 374 zusätzliche Stellen zur Verstärkung der Basisdienststellen bei uns angekommen sind.

Was geschieht 2012? Von 2012 – 2020 gehen ca. 3916 Kolleginnen und Kollegen regulär in den Ruhestand + ca. 900 außerplanmäßige „Abgänge“ (vorzeitige Ruhestandsversetzungen, Kündigungen, Entlassungen und Todesfälle) – in der Summe sind dies 4816 Menschen. Wenn wir in diesen neun Jahren, also bis zum Jahre 2020 jährlich 550 Kolleginnen und Kollegen einstellen würden, kämen wir mit 4950 Neueinstellungen auf rund 130 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte mehr als 2003, also dem Jahr, als mit dem Personalabbau konkret begonnen wurde.

Jetzt nehmen wir aber zur Kenntnis, dass die Zahl 550 kaum noch jemand in den Mund nimmt. Im Gegenteil, der Innenminister sagt zu seinem haushaltspolitischen Sprecher, dass er die Einstellungszahlen bei der Polizei in dieser Höhe nicht halten kann, wenn er vor dem Hintergrund der Schuldenbremse 31 Millionen im Haushalt einsparen muss. (Quelle: persönliches Gespräch mit Gottfried Milde am 09.03.2011 in Wiesbaden). Führungskreise sprechen davon, dass sowieso niemand gesagt habe, dass wir bei der Einstellungszahl von 550 bleiben – natürlich nicht, aber wenn ich die voraussichtlichen Abgänge bis 2020 sehe, weiß ich sehr wohl, wie viele Neueinstellungen erforderlich sind, um den Personalstand weiterzuentwickeln!auf dem Weg wohin...

Versetzungserlass, Versetzungen unserer KK-Anwärterinnen und Anwärter, einheitliche Beurteilungsrichtlinien, Beförderungssituationen, Dienstrechtsmodernisie-

rungsgesetz II, die Frage nach der zukünftigen Wochenarbeitszeit, ach ja, und wie wird oder hat sich zwischenzeitlich die hessische Landesregierung entschieden in Bezug auf die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamtinnen und Beamten?

Alles offene Fragen, die wir als GdP begleiten. Themen, die ihren aktuellen Schwerpunkt mit Forderungen, Beratungen und Erörterungen auch im HPR haben.

Es ist alles so zäh im Ablauf, es werden Dinge voneinander getrennt betrachtet, die innerhalb unserer Polizei eng miteinander verzahnt sind und in gegenseitiger Abhängigkeit stehen. In manchen Fällen müssen auch wir in der Wahrnehmung unserer personalrätlichen Pflichten mit einer Vorlage weiter in der Erörterung bleiben, Forderungen aufstellen und im Zweifel auch einmal ablehnen, weil wir in Eurem Interesse einfach nicht damit einverstanden sein können.

Natürlich gibt es auch sehr positive Entwicklungen, die ich Euch natürlich nicht vorenthalten möchte.

Ein guter und sehr offener Dialog mit unserer Behördenleitung war und ist wesentlicher Bestandteil der personalrätlichen Arbeit. Hierbei spielt es keine Rolle, ob wir jeder Zeit und in allen Fragen einer Meinung sind, die gleiche Auffassung haben. Nein, es kommt darauf an, in welcher Atmosphäre dieser Austausch stattfindet und welche Bedeutung der gegenseitige Respekt einnimmt!

Natürlich ist dies immer von Vorteil, für alle direkt und indirekt Beteiligten und besonders deutlich wird dies bei den zentralen Themen, die wir in Zukunft nur gemeinsam zu einem guten Abschluss bringen können.

Wir sehen und erkennen neue Wege, die wir gemeinsam gehen können, gehen müssen. Hier tut es gut,

mit allen einen offenen Dialog führen zu können – dass sind Wege - hier weiß ich, wohin sie führen!

Ich weiß es nicht abschließend. Worin ich mir aber sicher bin, ist, dass wir als GdP einen guten, einen besseren Weg mit Euch gehen wollen und werden.

Auf diesem Weg werden wir gemeinsam so erfolgreich sein, wie Ihr zahlreich und aktiv an unserer Seite steht!

Quo Vadis, hessische Polizei?

Lothar Hölzgen

Erhöhung der Renten, Versorgungsbezüge und Diäten Die Politiker sollten sich schämen!

Renten

Mit lautem Getöse und Wehklagen über die immensen Belastungen haben Politiker in der Presse die Erhöhungen der Renten verkündet.

Nach 2,41 Prozent 2009 und einer Nullrunde 2010 werden unter dem Stichwort „Rentenanpassung“ zum 1. Juli 2011 die Renten gerade mal um mickrige 0,99 Prozent erhöht.

Rentenerhöhungen fangen schon längst nicht mehr die Preissteigerungen auf. Die Rentner in unserem Land werden immer ärmer, und von Erhöhungen zu sprechen, ist eine Unverschämtheit. Gleichzeitig bringen nach der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre jetzt schon wieder Einige ein Renteneintrittsalter von 69 Jahren ins Gespräch. Wohl wissend, dass die überwiegende Anzahl der Arbeitnehmer nicht annähernd so lange arbeiten kann. Dies ist anscheinend auch nicht beabsichtigt. Über die Erhöhung des Renteneintrittsalters will man offensichtlich eine erhebliche Rentenkürzung erreichen.

Sonderopfer für Beamte

War noch vor kurzer Zeit von verschiedenen Politikern verkündet worden, das Tarifergebnis auf die Beamten zu übertragen, so ist jetzt „die Katze aus dem Sack“. Die Landesregierung plant für Beamte:

1. Die Einmalzahlung von 360 Euro wird es für Beamte und Pensionäre nicht geben.
2. 1,5 Prozent Gehaltserhöhung und Erhöhung der Versorgungsbezüge nicht ab April 2011, sondern erst zum Oktober 2011.
3. 2,6 Prozent Gehaltserhöhung und Erhöhung der Versorgungsbezüge nicht ab April 2012, sondern erst zum Oktober 2012.

Zusätzliches Sonderopfer für Versorgungsempfänger

Zur Zeit erhalten Versorgungsempfänger (Pensionäre) monatlich eine Sonderzahlung von 4,17 Prozent ihrer Versorgungsbezüge. Dies ist das ehemalige Weihnachtsgeld, welches monatlich mit den Bezügen ausgezahlt wird. Nur ausschließlich für Versorgungsempfänger soll in diesem Bereich eine Kürzung erfolgen. Die Landesregierung plant:

Ab Oktober 2012 erhalten Versorgungsempfänger anstelle von 4,17 Prozent nur noch 2,66 Prozent Sonderzahlung.

Ein Beispiel für die Auswirkung: Bekommt ein Beamter 2.300 Euro Versorgungsbezüge, so hat er eine monatliche Sonderzahlung von 170 Euro erhalten. Ab Oktober 2012 werden sich diese 170 Euro um 50 Euro reduzieren.

Diäten

Ohne großes Getöse haben sich unsere Abgeordneten im Hessischen Landtag zum 1. Juli 2011 die Diäten um 2,8 Prozent erhöht. Sie steigen von 6.946 Euro auf 7.141 Euro. Hinzu kommt für jeden Abgeordneten eine Kostenpauschale von 552 Euro.

Bereits 2008 hatten die Abgeordneten des Hessischen Landtags mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP eine jährliche Anpassung beschlossen. Dies führte 2009 zu einer Erhöhung von 2,8 Prozent und in 2010 zu einer Erhöhung der Diäten von 1,5 Prozent.

Harald Dobrindt

Magnus Gäfgen und der strapazierte Rechtsstaat

Das Urteil des Frankfurter Landgerichts, dem Kindsmörder Magnus Gäfgen 3000 Euro Schmerzensgeld zuzugestehen, ist für die meisten Bürgerinnen und Bürger weder nachvollziehbar noch halten sie es auch nur ansatzweise für gerecht. Wenn es juristisch keinen anderen Weg gab, so ist es dennoch, um den Worten unseres Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut zu folgen, eine bittere Kröte, die zu schlucken ist. Am Ende steht die Rechtsstaatlichkeit über allem. Trotzdem muss in einem Rechtsstaat messerscharf eine Diskussion geführt werden dürfen, die auch am Rande von Grauzonen den Nichtjuristen die Möglichkeit gibt, ihre Sichtweisen und Emotionen auszuloten.

Hitzige Diskussionen hat dieses Urteil ohnehin heraufbeschworen. Unter den Bürgern gleichermaßen wie in Polizeikreisen. Versetzt man sich in die Lage der Polizeibeamten, die unmittelbar mit der Vernehmung Gäfgens betraut waren, so wird ganz schnell deutlich, dass dies enorme Grenzsituationen sind, welche uns an den Rand der Grauzone, was in einem Rechtsstaat möglich ist und was nicht, führen.



Altkanzler Helmut Schmidt:

„Der Rechtsstaat hat nicht zu siegen, er hat auch nicht zu verlieren, sondern er hat zu existieren“

Als Ermittler hat man Kontakt zu den Eltern des ermordeten Jakob

von Metzler gehabt und deren großen Ängste und Sorgen um das Leben ihres Kindes hautnah miterlebt. Eine Situation, die emotionaler nicht sein kann. Man will nichts unversucht lassen, um das Leben des Kindes zu retten. Alleine der gesunde Menschenverstand treibt einen an und baut einen so mächtigen Druck auf, dass alle infrage kommenden Möglichkeiten ausgelotet werden. Nur charakterlose Kaltblüter, die außerhalb jeglicher menschlichen Empfindungen stehen, könnten sich in so einer Situation zurücklehnen. Losgelöst von Rechtsstaatlichkeit und juristischen Zwängen ist es beinahe unerträglich, mit ansehen zu müssen, welche kranke und perverse Moralvorstellungen Magnus Gäfgen hegt. Nach dieser fürchterlichen Tat die Stirn zu haben, den Staat auf Schadenersatz zu verklagen, ist fernab der Vorstellungskraft der großen Mehrheit der Menschen in diesem Land.

Wenn am Ende das Landgericht Frankfurt Magnus Gäfgen 3000 Euro Schmerzensgeld zuspricht, 3000 Euro für den selbstverlieb-



Kindermörder Magnus Gäfgen

ten brutalen Mörder eines Kindes, der lediglich das Androhen von Schmerzen aushalten musste und der im Gegenzug ein Menschenleben ausgelöscht hat, dann ist die Klage zumindest juristisch nach Recht und Gesetz bewertet und abgeschlossen. Die Frage des Grades Verwerflichkeit der Androhung in diesem speziellen Fall wurde nicht gewichtet. Dies muss ein jeder Kollege und jede Kollegin, aber auch jeder Bürger für sich selbst beantworten.

Am Ende hat dann aber doch der Satz von Altbundeskanzler Helmut Schmidt Bestand:

„Der Rechtsstaat hat nicht zu siegen, er hat auch nicht zu verlieren, sondern er hat zu existieren“ .

Andreas Grün

Letzter Diplom – Studienjahrgang im P 2 – Praktikum

Die Behördenleitung mit Polizeivizepräsident Peter Kreuter, Leitender Polizeidirektor Ulrich von Bieberstein und KHK Norbert Ballatz, konnte am Montag, dem 08. August 2011, vierundfünfzig Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter des letzten Diplom-Studienjahrganges im Saal Florenz zum großen Praktikum willkommen heißen. Bis zum Februar 2012 werden sie verschiedenen Dienststellen im Bereich des PP Mittelhessen zugewiesen. Herr Kreuter wies die Praktikanten auf den bevorstehenden Dienst am Bürger hin. Nach dem Praktikum 1 könnten sie die erworbene Theorie in die Praxis umsetzen. Eigenes Auftreten und der Umgang mit dem Bürger sollen immer korrekt sein. Der Sicherheitsaspekt dürfe dabei jedoch nicht außer Acht gelassen werden. Die Eigensicherung darf nicht vergessen werden. Ansonsten wünschte er den Anwesenden viel Spaß im Praktikum.

Herr von Bieberstein sagte, dass Theorie und Praxis in Einklang gebracht werden müssten. Der Bürger würde die Praktikanten als Polizist

sehen. Der Bürger wisse in der Regel nicht, wer Praktikant oder fertig ausgebildeter Polizist ist, er sieht nur die Uniform. Weiter forderte der Leiter der Abteilung Einsatz ein freundliches, höfliches, aber auch bestimmendes Auftreten in der Öffentlichkeit. Wie schon Herr Kreuter sprach auch Herr von Bieberstein nochmals die Bedeutung der Eigensicherung an. Für die Zeit beim PP Mittelhessen wünschte er alles Gute. Herr Ballatz bezeichnete den Studienjahrgang mit Diplom als



Auslaufmodell. Bekannter Weise gibt es ja bereits eine neue, modernere Studienform. Das Praktikum umfasst 16 Wochen bei Polizeistationen im Wechselschichtdienst und 12 Wochen in Ermittlungsgruppen. Herr Ballatz sieht eine spannende Zeit auf die jungen Kolleginnen und Kollegen zukommen. In Praxisbe-

richten sollen die Tätigkeiten festgehalten werden. Die Beurteilung fließt in die Gesamtnote ein. Rechtzeitig soll ein Zwischenbericht eingefordert werden. Während des Praktikums soll eine dreitägige Gefahrgutbeschulung mit Echtkontrollen durchgeführt werden. Bei auftretenden Fragen oder Problemen können sich die Praktikantinnen und Praktikanten an Herrn Ballatz wenden. Bisher habe es lediglich einen Fall in Mittelhessen gegeben, wo die Chemie zwischen „Bärenführer“ und Praktikant nicht stimmte. In solchen Fällen seien natürlich auch Dienstgruppenleiter oder Stationsleiter kompetente Ansprechpartner.

Da es sich um das letzte P 2 – Praktikum handelt, gab es im Rahmen der Begrüßung einen Stand der GdP im Foyer des Saales Florenz. Hier konnten die Praktikantinnen und Praktikanten praktische und sinnvolle Utensilien für den polizeilichen Alltag von Holger Schmidt, Personalratsvorsitzender und stellvertretender GdP - Bezirksgruppenvorsitzender, entgegen nehmen. Dass dies gut ankam, versteht sich von selbst.

Die GdP – Bezirksgruppe Mittelhessen wünscht allen Praktikantinnen und Praktikanten ein schönes, abwechslungsreiches sowie erfolgreiches Praktikum. Auch sie steht natürlich bei auftretenden Fragen oder Problemen zur Verfügung.

Lothar Luzius



Bachelor in Hessen

„Neues aus der Anstalt“: HfPV führt Bachelor ein – eine Bestandsaufnahme zum einjährigen Jubiläum



Sebastian Schubert

Diplom-Verwaltungswirte, sondern „Bachelor of Arts (Public Administration)“ nennen dürfen. Geschuldet ist diese Entwicklung dem Bologna-Beschluss der Bildungsminister Europas, der vorsieht, dass das europäische Hochschulsystem vereinheitlicht werden soll.

Positiv ist, dass das neue Studiensystem die stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis vorsieht und dass die Fachpraktika stärker in die Endnote einbezogen werden sollen. Prüfungen müssen die Studierenden in Modulen ablegen, die sich über den gesamten Studienzeitraum erstrecken und nicht mehr die „Meilensteine“ Zwischen- und Laufbahnprüfung. Ein Modul muss bestanden werden. Sollte man durchfallen, hat man nach sechs Wochen eine Chance auf Nachprüfung. Besteht man diese nicht, ist man entlassen. Soweit so gut.

Die GdP hat stets kritisch und bisweilen ablehnend Neuerungen im Bereich der Polizeiausbildung begleitet - unter anderem bei der Einführung der Y-Ausbildung (Trennung von Schutz- und Kriminalpolizeianwärter) vor einigen Jahren. Meine Erfahrungen zeigen, dass in vielen Bereichen nachgebessert werden muss:

Ein paar Fälle aus den Grundlagenmodulen:

S 1.5 – Verkehrsüberwachung: Hier müssen die Studierenden in 20 Wochen die kompletten verkehrsrechtlichen Vorschriften aus StVO, FZV, STVG, StGB (außer Unfallflucht) etc. lernen. Danach folgt ei-

ne zentrale Klausur. Ein ganz schön dicker Brocken, zumal im alten Diplom-Studium drei Semester (G I, G II, H II) zur Verfügung standen. An einem Studienstandort wurde auch der Begriff „Bulimie-Lernen“ geprägt, was bedeutet, nur für die Modulprüfung regelrecht zu pauken, um dann getrost zu vergessen, da keine weitere, reine verkehrsrechtliche Prüfung vorgesehen ist... Das kann man den Studierenden nicht einmal vorwerfen, da in anderen Modulen noch eine Vielzahl weiteren Wissens vermittelt wird.

Wie zum Beispiel im Modul 1.3 – Rechtliche Grundlagen polizeilichen Handelns: Die Abschlussklausur ist mit 80 % für den repressiven (StGB, StPO) und 20 % im präventiven (HSOG) Teil gewertet. Wenn jemand 7 Punkte im repressiven und 0 Punkte im präventiven Teil schreibt, hat er das Modul bestanden! Strafrechtlich gerade so ‚ausreichend‘ und verwaltungsrechtlich ‚ungenügend‘ reicht also aus. Oder sollen die Studenten zur Vereinfachung auf Lücke lernen (im dritten Semester ist die Gewichtung übrigens genau anders herum)?

Apropos Vereinfachung: Das Modul 1.2 – Polizei in Staat und Gesellschaft wird mit einer Hausarbeit und einer Klausur abgeschlossen. Betroffen sind die Fächer Staats- und Verfassungsrecht, Dienstrecht, Soziologie und Politik. Sollte ein Student die erste Modulprüfung mit Zweitgutachten nicht bestehen und eine Nachprüfung erforderlich sein, sind insgesamt 12 Dozententätigkeiten (Erstellen von Begründungen etc.) erforderlich, da auch Teilbereiche, die bestanden wurden, erneut begutachtet werden müssen. Organisatorisch fragwürdig und ein erheblicher Aufwand.

Gewerkschaftlich kritisch sehe ich unter anderem noch,

1. dass die Studenten mit Einstellungstermin 01.02.2011 erst im Januar 2012 nach einem lern- und stressintensiven Dienst ihren ersten Jahresurlaub haben,

2. dass die Studenten und ihre Ausbilder in den Aus- und Fortbildungszügen der Bereitschaftspolizei aufgrund der Straffheit des Curriculums im Grundlagentraining im Studienabschnitt 2 nicht in der Lage sind, „gescheite“ Pausen zu machen (sich nach oder vor dem Sport umzuziehen, etwas zu essen) oder auch nur die Waffen der Studenten reinigen zu lassen, und

3. dass es landesweit im Studienabschnitt 02/2012 mehr als 20 Entlassungen gab und mehr als 60 Studenten nach dem Studienabschnitt 1 /2011 durchgefallen sind und nachgeprüft werden müssen. Der Schwerpunkt der Nachprüfungen liegt im Verkehrsrecht. Fallen sie erneut durch, fehlen sie später in den Präsidien. Zum Vergleich: Im letzten Diplomstudiengang sind 25 Kollegen durch die Zwischenprüfung gefallen.

Der Ansatz der Reform ist positiv. Nur müssen wir als GdP, da eine Vielzahl von Kollegen in allen Teilbereichen der Polizeiausbildung betroffen sind, den Finger in die Wunde legen und eine Diskussion anstoßen. Wir sind im Dialog!

Übrigens: Mitte der neunziger Jahre war das Ziel der EU-Bildungsminister in Bologna, dass Studenten auch im fremdsprachlichen EU-Ausland Leistungsnachweise (sog. Credits) erwerben können, so dass Europa ein Stück zusammen wächst. Im föderalen Deutschland können unsere Studenten an der HfPV nicht mal einen Credit in Bayern erwerben, von der Sprachbarriere mal ganz abgesehen...

Sebastian Schubert
GdP Junge Gruppe
Beisitzer für Studienangelegenheiten

Mobbing-Ansprechpartner im Interview mit Pit von Bebenburg, Frankfurter Rundschau

"Manchmal reicht ein Gespräch"

Henning Möller spricht über gemobbte Polizisten durch Chefs und Kollegen, Entschädigungen und Vergleiche statt Zivilverfahren.



Herr Möller, wegen öffentlicher Debatten über Mobbing-Vorwürfe bei der Polizei ist Ihr Posten als Ansprechpartner geschaffen worden. Welche Rolle spielt Mobbing jetzt, wenn Polizistinnen und Polizisten zu Ihnen kommen?

Bisher gab es etwa 150 Kontaktaufnahmen mit mir, von denen 60 bis 70 Fälle hängengeblieben sind. In einem Drittel der Fälle geht es um behauptetes Mobbing. Ob es dann wirklich so ist, kriegt man durch recht langwierige Aktenprüfungen, Anhörungen und so weiter raus.

Wie häufig stellt sich heraus, dass es wirklich Mobbing gab?

Da bleiben von diesen behaupteten Fällen noch etwa ein Drittel übrig.

Geht das Mobbing dann vom Führungspersonal aus oder von Kollegen?

Ich würde sagen, Hälfte-Hälfte.

Befassen Sie sich auch mit Fällen, die in der Presse öffentlich geworden sind?

Ich rede nicht über einzelne Fälle, aber ich kann Ihnen sagen: Ich bin noch nicht mit sogenannten dicken Frankfurter Fällen beschäftigt. Ich gehe nicht auf Aufforderung des Ministers an die Arbeit, sondern das hängt immer an den Beschäftigten. Der Ansprechpartner war nicht nötig wegen der Frankfurter Fälle. Der Ansprechpartner war nötig bei Beschäftigten, die sehen, da ist ein Mensch außerhalb jeglicher behördlicher Hierarchie, an den ich mich wenden kann.

Was sind Konsequenzen, wenn Sie Mobbing bestätigt finden? Kann das heißen, dass einzelne Polizeichefs nicht für Führungsaufgaben geeignet sind und anders eingesetzt werden sollten?

Ja, das kann passieren. Und es geht um die Frage von Entschädigungen. Bei Mobbing geht es ja auch um Kosten, um Krankheitskosten zum Beispiel. Ich schlage vor, dass man nicht ins Zivilverfahren geht, sondern sich eventuell vergleicht. Das kann aber nur der Minister entscheiden.

Gibt es Fälle, die Sie lösen konnten?

Im Moment sind es zwölf Fälle, in denen ich den Beschäftigten wirklich helfen konnte.

Reicht es manchmal zuzuhören, um den Fall zu beenden?

Ja. Ich kann das sogar messen. Ich habe zehn Fälle, da hat ein Gespräch von zwei oder drei Stunden stattgefunden. Dann hat der Beschäftigte nach einer Woche angerufen und gesagt: „Ich war froh, dass ich mal sprechen konnte. Keine weiteren Maßnahmen.“ Damit war der Fall erledigt. Es gibt eine Sprachlosigkeit zwischen Vorgesetzten und Beschäftigten. Ich sage dazu: Wir sind zur Mail-Polizei geworden. Die hessische Polizei jagt am Tag 500.000 Mails durch die Leitungen. Das Sprechen bei der Polizei wird mehr und mehr ersetzt durch die Mailerei. Es fehlen die direkten Gesprächskontakte. Dann gibt es Missverständnisse.

Mobbing-Vorwürfe gibt es auch in Finanzämtern oder im Schuldienst. Hat ein Ansprechpartner über die Polizei hinaus Sinn?

Aber natürlich. Sie haben den einen oder anderen Fall, wo am Anfang so eine Brisanz drin steckt, dass ich erst mal ohne Namensnennung an die Behörde gehe und auf Probleme hinweise. Das kann eine normale

Institution nicht leisten. Aber ich sage, es ist sinnvoll, so eine Position zu haben, die vollkommen außerhalb jeglicher Hierarchie ist.

Wie oft sehen Sie den Minister und den Staatssekretär?

Den Staatssekretär und den Minister sehe ich in unregelmäßigen Abständen. Er hat von Anfang an gesagt: „Sie sind neutral, unabhängig, au-

ßerhalb der Hierarchie.“ Was wir vereinbart haben, ist, dass ich nach einem Jahr mal mit dem Minister rede und wir evaluieren. Das Ziel ist, dass die Empfehlungen des Ansprechpartners ernst zu nehmen sind.

Es gibt auch Betroffene, die uns sagen: „Nein, zum Ansprechpartner gehe ich nicht, der ist vom Minister

eingesetzt, der ist uns nicht unabhängig genug.“

Verstehe ich. Aber es ist nicht so. Das Ding ist personenbezogen, denn ich bin bekannt wie ein bunter Hund bei der hessischen Polizei.

Das Interview führte: Pitt von Bebenburg. Es erschien am 4.8.11 in der Frankfurter Rundschau.

Pressespiegel

Gießener Allgemeine Zeitung
vom

16. April 2011

Studie: Arbeitsklima wichtiger als Gehalt

(dpa/tmn). Wie zufrieden Berufstätige mit ihrem Job sind, hängt vor allem vom Arbeitsklima ab. Es ist wichtiger als das Gehalt für das Wohlbefinden am Arbeitsplatz. Das hat eine repräsentative Umfrage von TNS Emnid ergeben. Für mehr als jeden zweiten Berufstätigen (53 Prozent) hängt die Zufriedenheit im Job vor allem davon ab, ob bei der Arbeit ein gutes Klima herrscht. Etwas weniger als die Hälfte (42) hält die Aufgaben für entscheidend. Das Gehalt ist nur für rund jeden Dritten (34) der wichtigste Faktor.

Im Auftrag der Personalfirma Job AG in Fulda sind für die Erhebung der Daten rund 1100 Berufstätige befragt worden. Alle drei genannten Punkte sind den Berufstätigen aber weniger wichtig als früher: Im ersten Quartal 2011 lagen die Werte im Vergleich zum Vorquartal sowohl beim Klima (minus vier Prozentpunkte), bei den Aufgaben (minus sechs) und dem Gehalt (minus sieben) deutlich niedriger. Dagegen legen die Befragten wieder mehr Wert auf die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes: Jeder Dritte (33 Prozent) hielt dies im Februar für besonders wichtig, drei Monate zuvor war es nur gut jeder Vierte (27).

Insgesamt sind die Befragten durchaus zufrieden mit ihrem Arbeitsplatz: Auf einer Skala von 1 bis 10 vergeben sie im Schnitt eine 7,5. Damit ist der Wert allerdings leicht gesunken (minus 0,1 Prozentpunkte). Besonders Ältere sind unzufriedener als früher: Die über 60-jährigen Arbeitnehmer liegen aktuell mit einem Wert von 6,9 deutlich unter dem Durchschnitt – im vierten Quartal 2010 bewerteten sie ihre Zufriedenheit im Beruf noch mit einer 8,6.

Wilhelm Gundlach wurde 75



Wilhelm Gundlach, Enkel Linus und Lothar Luzius

Ein Urgestein der GdP wurde am 23. Juni 75 Jahre alt. Man mag es gar nicht glauben, aber der passionierte Motorradfahrer und Camper hat noch nichts von seiner Vitalität eingebüßt. Man hat eher das Gefühl seine Ehefrau muss ihn manchmal bremsen. Er verbringt viel Zeit mit Arbeiten an seinem Haus und im Garten. Langweilig wird es

ihm jedenfalls nicht. Schon gar nicht, wenn sein Enkel Linus zu Gast ist. Er hält ihn auf Trab und ist heute schon ein großer Fan der Polizei. Alles was mit ihr zu tun hat, weckt sein Interesse. So sind Opa´s „Polizeigeschichten“ sehr gefragt.

Die Kreisgruppe gratulierte natürlich zum Ehrentag mit einem Geschenk und bedankt sich nochmals an dieser Stelle für die über 51jährige Treue zur GdP und die geleistete lange GdP – Arbeit. Für die Zukunft wünschen wir ihm viel Gesundheit und Zufriedenheit.

Lothar Luzius, Vorsitzender KG Marburg – Biedenkopf



Talsole durchschritten – alle Fehlstellen erstmals wieder nachbesetzt



Die neuen Kolleginnen und Kollegen des PP Mittelhessen

Insgesamt 27 Kolleginnen und Kollegen wurden mit Wirkung vom 1. August 2011 zum Polizeipräsidium Mittelhessen versetzt. Somit konnten nach langer Zeit erstmals wieder alle Fehlstellen nachbesetzt werden.

An zu besetzenden Stellen standen dem PP Mittelhessen insgesamt sechzehn zur Verfügung.

Eine Vielzahl dieser Stellen musste für gezielte Ausschreibungen im kriminalpolizeilichen Bereich und für die Nachbesetzung ausgeschriebener Funktionen vorgehalten werden.

Durch die Übernahme von „Elternzeiten“, die teilweise bereits auf Stellenanteilen des PP Mittelhessen geführt wurden, und die Einbeziehung der ausgewählten Bewerber

kam es dann doch zu dieser erfreulich hohen Zahl an Zuversetzungen.

Wohl auf Grund der Tatsache, dass Stellen ausschließlich im Schichtdienst für die Polizeistationen Friedberg und Bad Vilbel ausgeschrieben waren, bewarben sich dieses Mal nur 104 Kolleginnen und Kollegen. Im Februar waren es für die nicht eingegrenzte Ausschreibung noch 190 Bewerber.

Polizeipräsident Manfred Schweizer konnte am 1. August 2011 pünktlich um 08.00 Uhr die Begrüßungsveranstaltung zusammen mit den Abteilungs- und Direktionsleitern eröffnen.

Diejenigen Dienststellenleiter, die Personalzuwachs erhalten sollten, waren ebenfalls vor Ort, um die

neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herzlich zu begrüßen.

Nach der mittlerweile bewährten Begrüßungszeremonie durch den Polizeipräsidenten und den Personalratsvorsitzenden präsentierte PHK Stefan Jilg (Abteilung Einsatz, E 2) die örtlichen Gegebenheiten und statistische Zahlen unseres Flächenpräsidiums.

Thematisiert wurde auch die beabsichtigte Änderung des Versetzungserlasses mit dem Ziel der Verjüngung der nördlichen Flächenpräsidien.

Viel interessanter im Kreise der Neuen waren aber die Umsetzungsregularien innerhalb des Präsidiums, denn das Interesse an einer Verwendung in absehbarer Zeit in

nördlichen Präsidiumsbereichen ist nach wie vor sehr groß.

Den Begrüßungsansprachen und der Fertigung eines Gruppenbildes schloss sich eine kleine Rundführung im Präsidium an, anschließend stellte PvD EPHK Müller die Einsatzleitstelle vor.

Nach einer Besichtigung der neuen Befehlsstelle und gemeinsamen Gesprächen im Casino des Präsidiums erfolgte der Dienstantritt bei den jeweiligen Dienststellen.

Zeitgleich wurden am 1.08.2011 auch die Umsetzungen innerhalb des PP Mittelhessen vollzogen.

271 Umsetzungswünsche von 115 mittelhessischen Interessenten lagen vor (bis zu drei Wunschkandidaten konnten genannt werden).

Zweiunddreißig neue Verwendungen konnten am Montagmorgen starten.

Die Auswahl erfolgte in bewährter Weise wieder durch ein Gremium bestehend aus den Abteilungen Einsatz (E 2), den Direktionsleitern, der Verwaltung (V 3), dem Personalrat, der Frauenbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung.

Die hohe Personalfuktuation in der Wetterau konnte dieses Mal im Rahmen der festgelegten Grundsätze gehalten werden. Trotzdem ist das ständige Drehen des Personalrussells dort sehr belastend.

Hier noch einmal die Grundsätze für das Umsetzungsverfahren:

- Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes bei den abgehenden Dienststellen
- nicht mehr als 5 von kleineren- und nicht mehr als 10 Umsetzungen von großen Dienststellen
- fachliche Voraussetzungen

- Familienzusammenführung
- Entfernung zur Dienststelle
- Zugehörigkeit zur bisherigen Dienststelle

Aber selbst mit diesen erklärten Grundsätzen kommt es teilweise noch immer zu Unmut und vermeintlichen Ungleichbehandlungen.

Sofern Rückfragen dazu bestehen, sind alle an der Auswahl beteiligten Gremien gerne zur Beantwortung bereit.

Wir wünschen für die neuen Verwendungen alles Gute, viel Spaß und Arbeitsfreude im PP Mittelhessen!

Holger Schmidt

GdP stiftet Uhr für die neue Befehlsstelle

Die neue Befehlsstelle des Polizeipräsidiums Mittelhessen ist so gut wie fertig. Für den NPD Einsatz am 16. Juli wurde sie allerdings schon in Betrieb genommen. Die GdP Kreisgruppe Gießen – Wetzlar spendete eine Uhr, damit auch in der Befehlsstelle, trotz mancher unabherrlicher Lagen, der Feierabend nicht vergessen wird ☺

Der Vorsitzende der Kreisgruppe Gießen – Wetzlar, Holger Schmidt, ließ es sich nehmen und brachte die Uhr höchstpersönlich an.



Sommerfest des PMC Marburg und der GdP-Kreisgruppe Marburg – Biedenkopf

Den großen Rahmen hatte wieder der PMC geschaffen. Die Kreisgruppe schloss sich auch in diesem Jahr wieder dem Sommerfest an. Im Gegensatz zum Vorjahr spielte diesmal das Wetter wieder mit. Neben dem Polizeioldtimermuseum konnten die Besucher das Können der Reiterstaffel sowie der Diensthundeführer mit ihren Tieren bewundern. Ein besonderes Highlight war natürlich die Landung des Polizeihubschraubers. Vor allem die Kinder waren von dem vielen Wind begeistert, den er verursachte. Ein Renner war auch wieder die Fahrt der Kinder im Beiwagen des Polizeimotorrades. Kollege Rainer Wiese bewies einmal mehr seine stoische Ruhe und drehte ununterbrochen Runde um Runde mit den kleinen Gästen, die teilweise in einer langen Schlange warten mussten. Das Kinderkarussell und das



Kinderschminken kamen gut an. Das Polizeipräsidium Mittelhessen präsentierte die Aktion BOB, eine Initiative gegen Alkohol am Steuer. Auch der Gurtschlitten fand große Beachtung.

Die GdP – Kreisgruppe hatte gleich

am Anfang des Geländes zwei Stände aufgebaut. Auf der einen Seite wurde der Werbemittelbus aus Hildesheim mit seinem vorgebauten Pavillon mehr als gut besucht. Brigitte Hoyer hatte wieder ganz tolle Sachen ausgesucht und präsentierte sie den Besuchern. Sie stand den ganzen Tag im Pavillon, um die angebotenen Artikel zu erklären und dann zu verkaufen. Unterstützt wurde sie von OSG – Mann Frank Kober.





Heike Monk und Oliver Weigl

Gegenüber stand ein Zelt und Sitzgarnituren für die GdP-Mitglieder zur Verfügung. Hier wurden aktuelle Themen in Form von Plakaten und umfangreichem Schriftmaterial dargestellt. Die ausgelegten Broschüren etc. fanden einen guten Absatz. Gleichzeitig wurde die Unter



v.l.: Reinhard Claar, HPR Vorsitzender Jens Mohrherr, KG Vorsitzender Lothar Luzius

schriftenaktion „Hessische Polizisten werden ausgepresst!“ – „Uns bleibt die Luft weg!“ öffentlich gemacht. Darüber wurde mit Kolleginnen und Kollegen sowie Bürgerinnen und Bürger diskutiert, wobei Letztere viel Verständnis für die Forderungen der GdP aufbringen.

Der Stellenwert der Polizei ist in der Öffentlichkeit nach wie vor sehr hoch.

Es war eine tolle Veranstaltung mit mehreren tausend Besuchern, von denen die GdP auf jeden Fall wahrgenommen wurde.

LL

Einladung

zur Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe

Gießen – Wetzlar

am Donnerstag, dem 17. November 2011, 17.00 Uhr

im Bürgerhaus Wetttenberg - Wißmar

Polizeipensionäre Butzbach besuchen größtes zusammenhängendes Vulkangebiet Mitteleuropas



"Warum denn in die Ferne schweifen, liegt manch Schönes doch so nah!" Unter diesem Motto stand der Ausflug der Polizeipensionäre in diesem Jahr. Als Ziel hatte man großräumig das Gebiet um den größten Vulkan Mitteleuropas, unseren Vogelsberg, auserkoren.

Der Einladung zu dieser vielversprechenden Fahrt, die mit einigen Höhenpunkten gespickt war, waren sehr viele Ehemalige mit ihren Partnern und Ehefrauen gefolgt und der Bus war voll.

Nach dem Start an der PAST Mittelhessen in Butzbach war unser erstes Ziel das schöne Fachwerkstädtchen Lauterbach. Ehemals eine eigene Kreisstadt mit eigenem Kennzeichen LAT und dem "Lauterbacher Strolch", und wem ist nicht das Lied aus der Handwerks-

burschenromantik in Erinnerung "In Lauterbach hab ich mein' Strumpf verloren". Heute u.a. jedoch immer mehr bekannt als Ausgangspunkt des "Vulkanradweges".

"Wohlbehütet zu sein" definiert man in unserem ersten Ziel, der Hutfabrik Wegener, auch schon einmal anders. 1817 vom dänischen König in Hamburg gegründet und 1885 nach Lauterbach umgezogen, werden Hüte für Jedermann und Frau und für jeden Anlass produziert, u.a. auch schon für olympische Mannschaften. Das alles, aber auch manch anderes geschichtlich und verfahrenstechnisch Interessantes schilderte uns der persönlich anwesende Inhaber. Er hatte es sich nicht nehmen lassen, just an seinem Geburtstag sein Haus zu präsentieren. Dafür bedankte sich die Pensi-

onärgemeinschaft mit einem Ständchen, ergänzt von dem traditionellen dreimaligen "Tatü-Tatü" und einen Polizei-Teddy.

Unser nächstes Ziel, die historische Altstadt, wurde uns erschlossen von unserem touristische Führer, der uns eindrucksvoll neben vielen anderen historischen Gebäuden die ehemalige Lateinschule, die Stadtkirche zu Lauterbach als eine der schönsten evangelischen Rokoko-Kirchen Hessens, das imposante Stadtschloss und das dominierende "Hohhaus", das Barockschloss (Stadtpalais) des Generals Georg Friedrich Riedesel Freiherr zu Eisenbach, aus dem Jahre 1773. Fehlen durfte da auch nicht das "Strolchdenkmal", an dessen Standort man auf Schrittsteinen die Lauter überqueren kann und das "Strumpfdenkmal".



Zum Mittagstisch hatte man auf der "hessischen Wartburg", der Burg Eisenbach, im dortigen Gasthaus Burg-Post, einer ehem. Poststation, reservieren und servieren lassen und wir wurden nicht enttäuscht. In gemütlicher Atmosphäre mit herrli-

cher Aussicht genoss man leckere Speisen zu moderaten Preisen.

Danach besichtigten wir die sehr schön ausgestattete barocke Schlosskirche (1674) und den offenen Teil der Schlossanlage. Den Haupttrakt bewohnt noch die Familie Riedesel. Das ca. 3 km von Lauterbach entfernt liegende Schloss wurde 1217 erstmalig urkundlich erwähnt. Die Familie Eisenbach bekam das Schloss von dem Grafen von Ziegenhain. 1269 wurde es vom Fürstabt Leipolz von Fulda zerstört, aber schon innerhalb von zehn Jahren wieder aufgebaut. Nach dem Aussterben der Familie Eisenbach erhielt 1429 die Familie Riedesel das Lehen. Das Schloss ist nun 570 Jahre im Besitz der Familie Riedesel Freiherrn von Eisenbach, Erbmarschälle zu Hessen. Diese Schlossanlage war nur Wenigen bekannt und überraschte Viele. Der höchste Punkt Mittelhessens, der



Hoherodskopf, war unser nächstes Ziel. Leider blies doch der Wind sehr stark, was wiederum Viele veranlasste, den vorgesehenen Rundumblick abubrechen und stattdessen eine Tasse Kaffee oder auch mehr vorzuziehen.

Vorbei an der Niddatalsperre erreichten wir unser Endziel, die Gasthofbrauerei "Zur Traube" in Nidda, Sieger des Gastronomiepreises Hessen 2010.

Eine uriges Lokal, in dem man sich bei einem frischgezapften "Niddaer Marktbräu dunkel" sofort wohlfüh-

len kann. Und auch die Speisekarte verspricht Ungewöhnliches, wie z.B. Handkäs-Pizza oder gebackener Handkäs auf geröstetem Bauernbrot und frittiertes Petersilie u.v.a.m.

Als Überraschung durften wir dann noch miterleben, wie unter großer Teilnahme der Presse der Braumeister gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt ein Fass des frischgebrauten "Keltentrunkes" anstachen.

Ein schöner gemeinsamer Tag fand langsam seinen Ausklang und alle stellten übereinstimmend fest: Es waren viele neue Eindrücke, die man auf dieser Fahrt gewonnen hatte. Ein herzlicher Dank galt Dietmar Reichel, der die Fahrt geplant und ausgerichtet hat sowie Norbert & Birgit Weisel für ihre Unterstützung.

D.E.R.

„Jockel“ Müller feierte 90. Geburtstag

Seinen 90. Geburtstag feierte unser Mitglied, Jakob Müller, bei relativ stabiler Gesundheit im Kreise seiner Familie in der Gaststätte „Wilhelms Höhe“ in Butzbach. „Jockel“ ist in Oberau bei Büdingen geboren und hat den Beruf des Schäfers erlernt. Seit 1947 wohnt er in Butzbach und hütete u. a. dort als Stadtschäfer die Schafherde. Danach war er 30 Jahre bei der Polizeiverkehrsbereitschaft Butzbach, spätere Polizeiautobahnstation und zeitweise auch bei Polizeistation in Butzbach als Hausmeister tätig.



Gerne erinnern sich seine ehemaligen Arbeitskollegen noch daran, dass die von ihm auf der angrenzenden Grün-

fläche des Garagengeländes gehüteten Schafe, schmackhaft zubereitet, sich auf dem Speiseplan der jährli-

chen Personalversammlungen des örtlichen Personalrates wiederfanden. Jockel ist Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei und darf im kommenden Jahr auf 60-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit zurückblicken.

Zum seinem Ehrentag gratulierten seine Ehefrau Hannelore, sein Sohn, drei Enkel und vier Urenkelkinder. Die Glückwünsche der Polizeipensionärs-Gemeinschaft Butzbach überbrachte Norbert Weisel und überreichte ihm ein Weingeschenk.

DER

Zu Grillgut vom Schwein - die PPG Butzbach lud ein



Zur Mittagszeit war der Tisch mit leckerem Fleisch vom Grill und selbstgemachten Salaten gedeckt und auch die Getränkekarte ließ - fast - keinen Wunsch unberücksichtigt.

Einige nutzten danach die Gelegenheit, ungestört die freie Natur rund um den See zu genießen, um den verstärkt einfallenden Wespen zu entfliehen bzw. einen Verdauungsspaziergang einzulegen.

Birgit und Norbert Weisel forderten danach mit dem lustigen Sketch "Der Betriebsausflug" alle zum Mitmachen auf. Dafür ernteten sie viele Lachsalven und der abschließende Applaus war ihnen sicher.

Bei Kaffee und Kuchen klang der schöne gemeinsame Tag aus.

Der Vorstand der PPG Butzbach hatte zu einem Grillfest mit gemütlichem Beisammensein in das Anglerheim am Griedeler See eingeladen. Trotz der unbeständigen Wetterlage war der Termin gut gewählt, das bestätigten die 40 Mitglieder, die sich an dem ruhigen Plätzchen einfanden. Norbert Weisel konnte bei seiner Begrüßung als Neumitglied auch Eberhard Bode

begrüßen, der die vielen Aktivitäten der PPG aufmerksam verfolgt hatte und der zu Beginn seiner dienstlichen Laufbahn bei der damaligen Polizeiverkehrsbereitschaft Butzbach Dienst versah. Er ließ es sich zur Freude Aller auch nicht nehmen, seinen Einstand mit einem Glas gebührend zu begehen. Ein dreimaliges kräftiges "Tatü-Tata" war der Lohn dafür.



Neumitglied: Eberhard Bode (re.)

Weitere Veranstaltungen der Polizeipensionäre Butzbach:

Dienstag, den 11. Oktober, 15.00 Uhr, Gasthaus "Zum Adler", Gambach

Apfelfest beim Issi, mit Besuch im Kuhstall. Natürlich mit Kaffee und Streusel-, Petz- und Apfelkuchen, dazu die Flüssigkeitsformel A-wie Apfel- bis Z-wie Zwetschenschnaps und wie immer - das gute Kelterbuffet

Dienstag, den 13. Dezember, 12.00 Uhr, Gasthaus "Zum Adler", Gambach

Weihnachtsfeier Mittagessen, Kaffee, Kuchen und Plätzchen sowie vielen schönen Vorträgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nun ist es soweit, die PSG Hessen und die GdP Hessen bieten ihren Mitgliedern einen weiteren exklusiven Vorteil, der sich sehen lassen kann.

Unser GdP-Haus, inmitten einer wunderschönen Parkanlage der Mecklenburger Seenplatte gelegen, wartet auf seine Gäste, also auf euch.

Am Rande des Müritz-Nationalparks bieten sich unendliche Möglichkeiten.

Segeln oder Surfen, Schwimmen, Motorbootfahren mit und ohne Wasserski sowie Angeln oder Rudern sorgen für viel Abwechslung auf dem See. Aber auch Volleyballspieler, Wanderer, Radfahrer und Pferdefreunde kommen im Ferienpark Mirow voll auf ihre Kosten. Besonders Kinder freuen sich über die Angebote des Parks wie z.B. Angelwettbewerbe, Nachtwanderungen, Piratentage, Lagerfeuer, Kanurennen. Kulinarisch gibt es die typischen Gerichte der Region zu entde-

cken wie die Mecklenburgische Fischplatte, Barsch, Hecht oder geräucherten Aal - und zwar direkt aus dem Räucherofen.



Die Angebote im Ferienpark werden euch überzeugen: Schwimmbad, Sauna, Wellness- und Fitnessbereich bietet das Aparthotel Seepanorama, Einkaufen im SB-Markt, Essen in den Parkrestaurants, Kanu-, Motorboot- und Fahrradverleih, Bootsanleger mit Liegeplätzen sowie Reitunterricht mit Geländerritten.

Viele Ausflugsziele lassen sich von hier aus hervorragend ansteuern: so z.B. die Residenzstadt Neustrelitz, die Schlossinsel Mirow, Neu-

brandenburg oder das Rokoko-Schloss Rheinsberg, Rundflüge vom Flugplatz Lärz, Städtetouren nach Berlin oder Potsdam, Stettin mit Ostseefahrt, Rügen, Rostock, Wismar, Schwerin, Hamburg mit einem Musical-Besuch - die Liste der Möglichkeiten ist sicher länger als euer Urlaub.



**Ich habe Interesse an einer Buchung
- was muss ich tun?**

Alle Informationen die ihr benötigt, sind auf der Homepage des Ferienparks abrufbar (www.ferienpark-mirow.de).

Das „GdP-Haus“



Ab sofort buchbar!

**Exklusiv für GdP-Mitglieder!
GdP-Rabatt 15 %**

Haus „Wildgans Nr. 41“
für 4 + 2 Personen

**Das Ferienhaus der PSG Hessen im
www.ferienpark-mirow.de**



Anfragen und Buchung bei:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Info-Line: 06 11 / 9 92 27 30 • Info-Fax: 06 11 / 9 92 27 27

E-Mail-Anfragen bitte an hjud@gdp-online.de



Schaut euch in aller Ruhe die Seite an und holt euch die Daten, die ihr benötigt.

Wenn ihr euch für eine Buchung interessiert oder bereits buchen wollt, geht ihr folgendermaßen vor:

Schickt eure Anfrage mit dem Zeitraum der Buchung an folgende Mailadresse:

hjud@gdp-online.de

Von dort erhaltet ihr eine Mitteilung, ob euer Buchungswunsch verfügbar ist oder leider bereits besetzt ist.



Danach kann telefonisch möglicherweise eine Alternativbuchung stattfinden.

Wir sind am Aufbau einer Online-Buchungsmöglichkeit über die Homepage der GdP Hessen. Dafür benötigen wir noch etwas Zeit, wir werden euch natürlich unverzüglich über alle GdP-Medien darüber informieren, wenn wir online sind.

Gerne könnt ihr euch auch telefonisch bei unserer Geschäftsstelle in Wiesbaden Informationen zu den Modalitäten und dem Park selbst holen.

Buchungen sollten jedoch nicht telefonisch, sondern über die genannte Mailadresse übermittelt werden.

Wir freuen uns, den Mitgliedern der Gewerkschaft der Polizei (GdP)



einen weiteren qualitativ hochwertigen Mitgliedervorteil zu bieten.

Immerhin gewähren wir euch 15% Rabatt auf die Regelpreise des Ferienparks.

Nun viel Spaß beim Stöbern und vielleicht sieht man sich ja mal an der wunderschönen Seenplatte in Mecklenburg, dem Land der 1000 Seen.

Eure PSG und GdP Hessen

